

BBI ist pünktlich oder nicht

Frühestmöglich am 30. Oktober 2011 soll der Berliner Großflughafen in Betrieb gehen, versichert der Regierende Bürgermeister. Allerdings sieht er Risiken und hält auch eine Verspätung für möglich. **Seite 9**



Unbeugsamer Deserteur

Er desertierte als Soldat, vom DDR-Sozialismus und aus dem bürgerlichen Literaturbetrieb: Gerhard Zwerenz, mit 107 Büchern einer der schreibwütigsten deutschen Autoren, wird morgen 85. **Seite 13**



Grundstücke

Wenn ein Erbe den Verkauf verweigert / Straßenverkehr: Autobahnen im Vergleich / »Kein Lohn ohne Arbeit«

Standpunkt

Sprachlos

Von Olaf Standke

Nach dem in der jüngeren Geschichte beispiellosen Militärschlag gegen eine humanitäre Hilfsflotte vor der Küste Gazas verschlug es wohl selbst dem eloquenten Medienpräsidenten Barack Obama die Sprache. Er griff lieber nach dem Feigenblatt noch fehlender Fakten zu diesem »blutigen Massaker«, wie es der türkische Regierungschef Erdogan nannte. Von Israels Premier Netanjahu erwartet Obama sie augenscheinlich nicht, denn das für gestern in Washington geplante Gespräch fiel aus. Ungeachtet dessen und trotz mancher Brückierung durch den Juniorpartner versuchte Israels wichtigster Verbündeter in den Beratungen des Welt Sicherheitsrates, das Schlimmste an Verurteilung zu verhindern. Wer wie der dortige USA-Botschafter meint, es gäbe bessere Wege, humanitäre Güter in den von Israel abgeschotteten Gazastreifen zu bringen, kann die auch von UN-Behörden konstatierte katastrophale Lebenslage der palästinensischen Bevölkerung kaum kennen.

Der jüdische Staat hat alles Recht der Welt, seine Bevölkerung zu schützen. Aber daraus lässt sich kein Freibrief für fortgesetzte massive Verletzungen des Völkerrechts ableiten, zumal man sich der internationalen Gerichtsbarkeit vorsorglich entzogen hat. Hier dürfen von einem USA-Präsidenten, der den Friedensprozess im Nahen Osten wiederbeleben und der islamisch-arabischen Welt die Hand reichen will, klare Worte verlangt werden. Sprachlosigkeit ist keine Antwort.

Unten links

Der Coup ist ihm gelungen. Der inzwischen als »Amtsflüchter«, »Null-Bock-Horst« oder »Absteiger des Jahres« geschmähte Bundespräsident hat mit seinem unerwarteten Rücktritt am Montag eine gigantische Verschwörung zunichte gemacht. Kein Zufall, dass nicht einmal Angela Merkel vorinformiert war. Die Kanzlerin wollte sich nämlich just am Montag ins Trainingslager der deutschen Nationalelf nach Südtirol begeben, um dort mit Chefcoach Joachim Löw Ungeheuerliches auszuhecken: Im Falle eines deutschen WM-Siegs sollte der Bundestrainer mit dem Posten des Bundespräsidenten belohnt werden. Horst Köhler wollte man zuvor durch gezielte Indiskretionen über angebliche Verbindungen zu fußballfeindlichen Kreisen öffentlich desavouieren. Dieser teuflische Plan ist gescheitert: Denn nun muss bis zum 30. Juni ein Nachfolger gewählt sein. Und da ist die WM noch in vollem Gange. Deshalb soll die Köhler-Nachfolge jetzt völlig anders entschieden werden – durch Elfmeterschießen. **ibo**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Sturm der Empörung gegen Israel

UNO-Sicherheitsrat fordert Untersuchung des blutigen Angriffs auf Hilfskonvoi für Gaza

Israel sieht sich nach seinem blutigen Militäreinsatz gegen eine Solidaritätsflotte für die Palästinenser mit mindestens neun Toten einem weltweiten Sturm der Empörung gegenüber.

New York/Berlin (Agenturen/ND). Nach einem eilig einberufenen Treffen forderte der UNO-Sicherheitsrat eine »unparteiische und transparente« Untersuchung des israelischen Angriffs. Auch die EU und die USA verlangten erneut eine lückenlose Aufklärung der Militärattacke. Die Bundesregierung hatte auf eine entsprechende Untersuchung bereits am Montag gedrungen. Ein US-Außenamtssprecher erklärte, die USA seien »besorgt über die Lage der Menschen in Gaza«. Großbritannien, Frankreich, Russland und China forder-

Der Historiker Moshe Zuckermann über Realitätsverlust von Regierung und Militär in Israel **Seite 2**
»Wir haben uns wie im Krieg gefühlt« – Politiker der LINKEN zum Überfall auf die Solidaritätsflotte **Seite 3**

ten die Aufhebung der israelischen Blockade des Gaza-Streifens. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan verlangte, nach diesem »blutigen Massaker« müsse Israel »unbedingt bestraft werden«. Der türkische Außenminister Ahmed Davutoglu sagte in New York: »In einfachen Worten, das kommt Banditentum und Piraterie gleich, Mord im Auftrag des Staates.« Russlands Präsident Dmitri Medwedjew nannte das Vorgehen »absolut ungerechtfertigt«.

Die Solidaritätsschiffe hatten rund 700 Menschen an Bord und 10 000 Tonnen Hilfsgüter. Die Attacke der Israelis auf den kleinen Schiffsverband war in internationalen Gewässern erfolgt.

Der ultrarechte israelische Außenminister Avigdor Lieberman wies die internationale Kritik an Israels Vorgehen gegen die Hilfsflotte als »scheinheilig« zurück und sprach von einem »grundlegenden

Deutschland sucht den Köhler-Nachfolger

Schwarz-Gelb will aktiven Politiker / LINKE vorerst mit keinem eigenen Kandidaten

Das Präsidenten-Karussell kommt in Fahrt: Schwarz-Gelb sucht unter Hochdruck einen Nachfolger für Horst Köhler. Ein Favorit für die Wahl am 30. Juni zeichnet sich nicht ab – gesucht wird aber ein aktiver Politiker.

Berlin (Agenturen/ND). Nach dem überraschenden Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler läuft die Nachfolger-Suche auf Hochtouren. Schwarz-Gelb will einen aktiven Politiker: »Wir glauben, dass wir jemanden mit politischer Erfahrung brauchen«, sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) am Dienstag in Berlin. »Wir werden in den nächsten Tagen eine qualifizierte Persönlichkeit suchen.«

Kanzlerin Angela Merkel (CDU), der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle und CSU-Chef Horst Seehofer berieten im Kanzleramt über das Verfahren zur Wahl des neuen Staatsoberhaupts am 30. Juni. Kauder sagte: »Wir stehen nicht unter Zeitdruck, aber ich finde doch, wir sollten jetzt relativ rasch



Als »Schande« bezeichnet diese Demonstrantin in Los Angeles das Vorgehen des israelischen Militärs.

Foto: AFP

Recht israelischer Soldaten zur Selbstverteidigung gegen den Angriff einer Gruppe von Terrorunterstützern und Schlägern, die mit todbringenden Schlagstöcken, Eisenstangen und Messern bewaffnet waren.« Die Arme veröffentlichte Videoaufnahmen, auf denen nach israelischen Angaben zu sehen ist, wie Aktivisten an Bord des Schiffes »Mavi Marmara« auf israelische Soldaten einprügeln, die sich zuvor aus Hubschraubern an Deck abgeseilt hatten.

Die an der Solidaritätsaktion für Gaza beteiligten Mitglieder der Partei DIE LINKE widersprachen israelischen Berichten über massive Gewalt gegen die Soldaten. Der

frühere Linkspartei-Abgeordnete Norman Paech erklärte, er habe lediglich zwei Holzstöcke gesehen, mit denen sich einige Aktivisten an Bord verteidigt hätten. Er bezeichnete den Einsatz der israelischen Soldaten als »vollkommen unverhältnismäßig«. Der 72-Jährige war zusammen mit den beiden Linkspartei-Abgeordneten Inge Höger und Annette Groth sowie dem Arzt Matthias Jochheim und Nader el Sakka von der Palästinensischen Gemeinde Deutschland am Dienstag nach Berlin zurückgekehrt.

Der schwedische Schriftsteller Henning Mankell, ebenfalls Teilnehmer der Gaza-Hilfsaktion, flog von Israel nach Schweden zurück.

forderte von Merkel, das Gespräch mit der Opposition zu suchen. »Ein Konsens ist sicherlich nicht, dass sie einen Kandidaten präsentiert, ohne vorher die Konsultationen gemacht zu haben.« Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sagte der »Leipziger Volkszeitung« (Mittwoch): »Die CDU-Bundesvor-

Kein Lorbeer für Köhler
Ex-Präsident übersetzte deutsche Sicherheitspolitik **Seite 4**

sitzende und Bundeskanzlerin muss jetzt eine Kandidatin oder einen Kandidaten vorschlagen, der oder die das ganze Land vertritt.«

Die Linkspartei will vorerst keinen eigenen Kandidaten für die Nachfolge Köhlers ins Rennen schicken. Zunächst müssten die größeren Parteien eine Kandidatin oder einen Kandidaten benennen und auf die anderen Parteien zugehen, forderten die LINKE-Vorsitzenden Gesine Lötzsch und

Unterdessen hat die Gewalt auch den Gaza-Streifen selbst wieder erfasst. Die israelische Armee tötete am Dienstag bei zwei Angriffen fünf Palästinenser. Drei Männer wurden von einer israelischen Rakete getroffen, als sie gerade dabei waren, Raketen auf Israel abzufeuern. Zuvor hatte die israelische Armee zwei Palästinenser am Rande des Gaza-Streifens erschossen. Die Männer hatten nach Angaben eines Armeesprechers versucht, Sprengsätze am Grenzzaun zwischen Israel und dem Gaza-Streifen zu legen.

In Berlin demonstrierten am Abend rund 700 Menschen gegen den Angriff auf den Hilfskonvoi.

Klaus Ernst am Dienstag in Berlin. Die LINKE werde die Vorschläge prüfen und dann über einen möglichen eigenen Kandidaten entscheiden. »Lager-Kandidaturen« seien die zweitbeste Lösung, erklärten Lötzsch und Ernst. »Der neue Präsident braucht einen breiten Rückhalt.« Die Freien Wähler (FW) planen, bis Mitte nächster Woche einen eigenen Kandidaten zu benennen. Union und FDP haben nach aktuellen Berechnungen genug Wähler für eine absolute Mehrheit.

Der Bundestagspräsident berief die Bundesversammlung zur Wahl von Köhlers Nachfolger für den 30. Juni ein. Dieses Datum ist laut Grundgesetz der letztmögliche Termin. Lammert äußerte sich zuversichtlich, einen Kandidaten zu finden, der von allen demokratischen Parteien getragen wird. Am Dienstag wurden bereits eine Vielzahl von Namen von Politikern und Personen des öffentlichen Lebens als Köhlers Nachfolger ins Gespräch gebracht.

Kein neuer Prozess für Gäfgen

Kindermörder ist aber »Folteropfer«

Straßburg/Berlin (Agenturen/ND). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat dem verurteilten Kindermörder Magnus Gäfgen mit seiner Klage gegen eine Folterandrohung teilweise Recht gegeben. Die Straßburger Richter verurteilten Deutschland wegen Verstoßes gegen das Folterverbot. Polizisten hatten dem heute 35-jährigen Gäfgen während seiner Vernehmung mit Misshandlungen gedroht. Dass die Polizisten anschließend zu Geldstrafen verurteilt wurden, habe keine abschreckende Wirkung, rügte das Gericht.

Einen Verstoß gegen das Grundrecht auf einen fairen Prozess stellte der Gerichtshof für Menschenrechte hingegen nicht fest. Bei einer Verurteilung auch in diesem Punkt hätte Gäfgen in Deutschland mit einem neuen Prozess rechnen können. Das Urteil wurde von der Großen Kammer des Straßburger Gerichts gefällt und ist damit definitiv.

Gäfgens Anwalt Michael Heuchemer war dennoch zufrieden. »Dies ist ein Signal, dass derartige Methoden bei der Polizei nicht einzusetzen sind«, sagte Heuchemer nach der Urteilsverkündung. Positiv äußerte sich auch der Anwalt der Familie des Mordopfers Jakob von Metzler. »Die Familie ist erleichtert, dass es keinen neuen Prozess geben wird«, sagte Rechtsanwalt Eberhard Kempf. **Seite 5**

Kurz

Weniger Arbeitslose

Nürnberg (AFP). Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland hat trotz Wirtschaftskrise den niedrigsten Stand in einem Mai seit 18 Jahren erreicht. Vergangenen Monat suchten 3,24 Millionen Menschen einen neuen Job, 165 000 weniger als im April. **Seiten 9, 12 und 16**

Reporter verhaftet

Teheran (AFP). Knapp zwei Wochen vor dem Jahrestag der umstrittenen Wiederwahl des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad sind laut einer oppositionellen Website zwei iranische Journalisten reformorientierter Zeitungen verhaftet worden.

U-Bahn-Streik

Bukarest (AFP). Ein Streik der U-Bahn-Angestellten in Bukarest hat das Leben in der rumänischen Hauptstadt nahezu komplett lahmgelegt. Mit dem Streik wollten die Beschäftigten Solidarität mit Staatsbediensteten und Rentnern zeigen, die »Opfer« eines Sparplans der Regierung würden.

Da der 3. Juni (Fronleichnam) in Süd- und Westdeutschland gesetzlicher Feiertag ist, erhalten die Abonnenten die Donnerstagsausgabe dort erst zusammen mit der Freitagausgabe. An gut sortierten Kiosken, soweit geöffnet, wird ND auch morgen erhältlich sein. **ND-Redaktion**

